

1932
 1. 7
 2. 11
 3. 15
 4. 19
 5. 23
 6. 27
 7. 31
 8. 35
 9. 39
 10. 43
 11. 47
 12. 51
 13. 55
 14. 59
 15. 63
 16. 67
 17. 71
 18. 75
 19. 79
 20. 83
 21. 87
 22. 91
 23. 95
 24. 99
 25. 103
 26. 107
 27. 111
 28. 115
 29. 119
 30. 123
 31. 127
 32. 131
 33. 135
 34. 139
 35. 143
 36. 147
 37. 151
 38. 155
 39. 159
 40. 163
 41. 167
 42. 171
 43. 175
 44. 179
 45. 183
 46. 187
 47. 191
 48. 195
 49. 199
 50. 203
 51. 207
 52. 211
 53. 215
 54. 219
 55. 223
 56. 227
 57. 231
 58. 235
 59. 239
 60. 243
 61. 247
 62. 251
 63. 255
 64. 259
 65. 263
 66. 267
 67. 271
 68. 275
 69. 279
 70. 283
 71. 287
 72. 291
 73. 295
 74. 299
 75. 303
 76. 307
 77. 311
 78. 315
 79. 319
 80. 323
 81. 327
 82. 331
 83. 335
 84. 339
 85. 343
 86. 347
 87. 351
 88. 355
 89. 359
 90. 363
 91. 367
 92. 371
 93. 375
 94. 379
 95. 383
 96. 387
 97. 391
 98. 395
 99. 399
 100. 403

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Reichstein Dresden
 Druckerei: Buchdruckerei No. 20/21
 Druck: Buchdruckerei No. 20/21
 Druck: Buchdruckerei No. 20/21

Druckverlag: Reichstein Dresden
 Druckerei: Buchdruckerei No. 20/21
 Druck: Buchdruckerei No. 20/21
 Druck: Buchdruckerei No. 20/21

Druck u. Verlag: Reichstein Dresden
 Druckerei: Buchdruckerei No. 20/21
 Druck: Buchdruckerei No. 20/21
 Druck: Buchdruckerei No. 20/21

Deutschlands Entweder-Oder in Genf Keine weitere Mitarbeit ohne Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung

Die Schlußerklärung Radolnys

Genf, 23. Juli. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz gab der deutsche Vertreter, Reichsminister Radolny, im Auftrag der Reichsregierung folgende Schlußerklärung ab:

Die deutsche Regierung ist bereit, auch weiter an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, um mit aller Kraft dazu beizutragen, daß im Sinne des Artikels 8 der Völkervereinbarung ein wirklich entscheidender Schritt in der Richtung auf die allgemeine Abrüstung getan wird.

Namens der deutschen Regierung muß ich heute aber andersprechen, daß ihre Mitarbeit nur möglich ist, wenn die weiteren Arbeiten der Konferenz auf der Grundlage der zweifelsfreien Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen erfolgen.

Die Gleichberechtigung der Nationen ist das fundamentale Prinzip des Völkerbundes, ebenso das der Staaten-gemeinschaft überhaupt. Mit dem Gefühl nationaler Ehre und internationaler Gerechtigkeit wäre es nicht vereinbar, wenn die Konferenz die Regeln und Grundzüge für die allgemeine Abrüstung der Staaten festlegen wollte, aber gleichzeitig Deutschland oder andere Staaten an diesen allgemeinen Regeln und Grund-zügen nicht teilnehmen ließe, sondern irgendeinen Staat einem diskriminierenden Ausnahme-regime unterwerfen würde. Das würde auch die vertraglichen Ansprüche verletzen, die Deutschland ausüben und auf die es unter seinen Umständen verzichten kann.

Die deutsche Regierung muß nun zu ihrem tiefen Bedauern feststellen, daß die vorliegende Resolution die- sem Standpunkt keine Rechnung trägt.

Sie hat aus der Arbeit der verflochtenen ersten Periode der Konferenz, insbesondere aus den Vesperechungen der letzten Tage, die deutsche Regierung nicht annehmen können, daß diese notwendigen Voraussetzungen noch nicht von allen Regierungen verstanden und anerkannt sind. Die deutsche Regierung hält es nicht für möglich, daß bei dieser Unklarheit über eine Grundfrage des ganzen Abrüstungsproblems ersprießliche Arbeit geleistet werden kann.

Sie muß deshalb darauf bestehen, daß diese Zweifel durch Beseitigung der nationalen Sicherheit und hinsichtlich der Anwendung aller Bestimmungen der Konvention ohne weiteren Verzug zur Anerkennung gelangt.

Soweit die einzelnen Fragen, die sich aus der Anwendung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung ergeben, einer Klärung bedürfen, ist die deutsche Regierung zu sofortigen Verhandlungen hierüber mit den beteiligten Staaten bereit. Die deutsche Regierung muß aber schon heute darauf hinweisen, daß sie ihre weitere Mitarbeit nicht in Aussicht stellen kann, wenn eine befriedigende Klärung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bis zum Wiederbeginn der Arbeiten der Konferenz nicht erreicht werden sollte.

Reichsminister Radolny fügte dieser Erklärung folgende Worte hinzu: Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Voraussetzungen, von der Deutschland keine weitere Haltung abhängig machen muß, bald erfüllt sein wird, und daß wir gemeinsam mit Ihnen in die zweite Phase der Konferenz werden eintreten können, von der ich hoffe, daß sie ergebnisreicher sein wird als die erste, und daß sie uns ans Ziel bringen wird.

Genf Von Generalleutnant a. D. von Meißel

Der Verfasser ist heute von einem dreimonatigen Aufenthalt in Genf, wohin er vom Deutschen Offiziers-Bunde entsandt worden war, zurückgekehrt. Die Aus-sagen sind vor der für die weitere deutsche Ab-rüstungspolitik entscheidenden Erklärung der deutschen Abordnung niedergeschrieben, treffen aber auch für die neue Lage unverändert zu.

Warum machen wir überhaupt dort noch mit? Deshalb wird unseren Vertragsgegnern nicht der Vertragsbruch ins Gesicht geschleudert, der doch nach dem gesunden deutschen Volksempfinden längst vorliegt? Welchen Sinn hat es, ver-sagen vertragen zu nennen? Woan ein neues Zusammen-kommen, wenn es doch nur zum alten Auseinanderreden führt?

Alle diese Fragen sind berechtigt. Und doch sind sie nicht ganz so leicht zu beantworten wie zu stellen. Denn Politik ist weniger ein Gebiet des leicht Begreifbaren als des mühselig Erreichbaren. Man kann wohl auf Genf spielen. Aber, ob es ein Vorteil für uns wäre, wenn die anderen dort alleine spielen, ist mindestens strittig. Warum bemüht sich zum Beispiel die Türkei um den Eintritt in den Völker-bund, obwohl man weiß, daß sich Kemal Pascha nur höchst ungern zu diesem Schritt entschlossen hat? Warum lassen sich die USA und die Sowjetunion ihre aktive Teilnahme an der sogenannten Abrüstungskonferenz hohe Summen kosten, obwohl beide Großmächte nicht Mitgliedstaaten des Völkerbundes sind? Warum bleiben China, Japan oder Italien an konferenzmäßige, obwohl alle drei wiederholt die aller-schärfste Kritik an den internationalen Institutionen von Genf geübt und dort mehr als einmal ihr nationales Interesse angeblich oder tatsächlich gefährdet gefunden haben?

Wollte sich am Lac Léman ein Weltmarkt aufgetan hat, den man für ein Narrenhaus halten, aber nicht einfach schließen kann. Es wird immer Interessenten geben, die ihn besichtigen und belächeln. Es wird immer Käufer geben, die dort etwas Preiswertes zu finden hoffen. Das Ganze ist eine politische Börse, gewiß mit allen Nachteilen un-berhebbarer Panne und Welle, aber die Geschäfte können nur wachsen, wenn die Spekulanten ungehört unter sich bleiben. Genf ist ein neuer Rahmen, eine neue Plattform für den uralten Machtkampf der Völker, der die Selbst-ausschaltung nicht rasch erscheinen läßt. Die Schwäche unserer Stellung dort liegt nur darin, daß wir diese Platt-form mit politischen Halbheiten betreten haben, die sich läss-lich rächen, bis heute.

Der Kern dieser Halbheiten ist die ungeklärte Frage der Gleichberechtigung. Ohne sie dürfen wir feinerzeit nicht betreten. Denn, wer es damals nicht gewagt hat, muß wenigstens heute wissen, daß sowohl der Völkerbund als die Abrüstungskonferenz völlig ungeeignet und unfähig sind, dem Deutschen Reich zu vorbestimmter Gleichberechtigung zu verhelfen.

Warum nicht? Weil den einen Genf ein Mittel ist, den Status quo zu behaupten, den anderen, ihn anzuschlagen. Weil eine parlamentarische Methode Wahnsinn ist, die dazu führen kann, daß irgendein ferner halbwillkürlicher Regentstaat darüber abstimmt, ob Deutschland gleichberechtigt sein soll oder nicht. Weil — wenn man das ablehnt — die Signatar-mächte von Versailles uns wieder in die Verhandlungslage von 1919 zurückbringen könnten. Und weil im übrigen alle Voraussetzungen fehlen, um ein berechtigtes Tribunal und einen autoritären Spruch zustande zu bringen, der uns unsere Souveränität zuverlässig zurückgibt. Es gibt keine nationale Freiheit von anderer Mächte Gnade. Es gibt nur eine Freiheit aus eigener nationaler Kraft. Es gibt keine Gleichberechtigung auf der Basis höchst ungleicher Macht. Es gibt ein internationales Recht nur insoweit, als der einzelne Staat, das deutsche Volk ein Interesse der Mächtigeren in die Waagschale zu werfen hat.

Der außenpolitisch verblödete und verblödete Marxis-mus hat uns ein halbes Jahrhundert hindurch ein Anderes gelehrt. Die Nachkriegsjahre haben genügt, um diesen volks-verderbenden Wahn ad absurdum zu führen. Aber Genf hat als Lehre hinzugefügt, daß sich der Krieg aus mit passifischen Phrasen vorbereiten, der Passivismus auch mit Rüstungen versehen läßt. So ist der Völkerbund ein Hund der Gerichte gegen die Entwaffner, die Abrüstungs-konferenz eine Konferenz zur Aufrechterhaltung der vor-handenen Rüstungen geworden.

Aber damit ist noch immer nicht beantwortet, warum wir uns nicht von Genf zurückziehen. Ist es nicht ganz gleichgültig, ob wir in dem schauerhaften Glasbau mit-reden? Der Außenminister einer gestärkten Macht hat sogar erklärt, nur Narren könnten davon träumen, daß die Deut-schen dort auf parlamentarisch-vertraglichem Verhandlungs-wege zu ihrer Gleichberechtigung kommen würden.

So richtig das wahrscheinlich ist, so muß doch klarliegen, auf welchem anderen Wege die Gleichberechtigung zu er-langen wäre, wenn wir die bisherigen Versuche aufgeben. Es muß durchgedacht sein, welche Folgen sich ergeben, wenn wir uns vom Völkerbunde und der Konferenz trennen

Die Begründung der deutschen Forderung

Genf, 23. Juli. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz leitete Reichsminister Radolny die oben mitgeteilte Erklärung der Reichsregierung mit einem Rückblick auf die bisherige Konferenzarbeit und mit einer ausführlichen Kritik des vorgelegten Entschlußentwurfes ein. Er erklärte: Die Verallgemeinerung der Deutschland auferlegten Abrüstung sollte, wie Sie alle wissen, eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes sein. So ist es uns im Jahre 1919 versprochen worden. Heute schreiben wir 1932!

Niemand wird bestreiten können, daß das deutsche Volk während dieser ganzen Periode die größte Geduld und die größte Mühsal an den Tag gelegt hat, und Sie werden, glaube ich, alle mit mir darüber einig sein, daß wir im Verlauf dieser Konferenz eine gleiche Haltung gezeigt haben. Von unserer Seite war schon für den Entschluß zur Teilnahme an dieser Konferenz viel guter Wille und Mut erforderlich, nachdem die Vorbereitende Ab-rüstungskommission den Artikel 8 ihres Konventions-entwurfes angenommen hatte, der Deutschland die Gleichberechtigung vorsehete und das ihm durch die Entlassungsbestimmungen des Versailler Vertrages auferlegte Ausnahmeregime gegenüber der ganzen Welt verworfen wolle. Trotzdem haben wir Wert darauf gesetzt, loyal und mit allen unseren Kräften am Werk der allgemeinen Abrüstung mitzuarbeiten.

Wir haben das Menschennögliche getan, um mit den anderen Delegationen zusammenzuwirken, die Arbeiten der Konferenz zu beschleunigen und so die Lösung der Konferenzaufgabe zu ermöglichen, besonders die der gemeinsamen Einigung von uns allen auf derselben Grund-lage. Auch diese Konferenz ist eine Konferenz zur Klä-rung der Vergangenheit.

Die Konferenz ist an einem wichtigen Wendepunkt angelangt.

Monatelang haben die Völker der ganzen Welt voll Er-staunen das merkwürdige Fortschreiten unserer Arbeiten verfolgt. Sie haben vor ihren Augen eine Fülle von Vor-schlägen, Anregungen und komplizierten Debatten vorüber-ziehen sehen, ohne das geringste greifbare Er-gebnis wahrnehmen zu können. Unter den zahl-reichen Vorschlägen und Anregungen, die der Konferenz vorgelegt sind, gibt es zweifelslos solche, die vom Gesichtspunkt einer wirksamen und durchgreifenden Abrüstung sehr wertvoll sind. Wir denken hier in erster Linie an den großen Plan des Präsidenten Hoover.

Alle Vorschläge und Anregungen, die wir seit Beginn der Konferenz in einer Atmosphäre gehobener Stimmung erlebt haben, haben in der ganzen Welt große Hoffnungen erweckt. Das deutsche Volk hat diese Hoffnungen geteilt. Aber gegen allen guten Willen und gegen die vorzüglichsten Absichten, die auf der Konferenz zum Ausdruck gekommen sind, haben sich bedauerlicherweise Kräfte der Verneinung er-hoben und durch zähe Gegenwirkung im einzelnen bisher die Arbeit gehemmt. Die Menschheit erwartet mit Un-geduld den Zeitpunkt, wo sie endlich Ergebnisse sehen kann.

Unter diesem Gesichtspunkt unterzog der deutsche Ver-treter den vorgelegten Entschlußentwurf einer ein-gehenden Kritik. Die deutsche Delegation sei nicht in der Lage, sagte er, die Resolution vom Gesichtspunkt der in ihr vorgezeichneten Abrüstungsmaßnahmen als befriedigend an-zusehen.

Trotz dieser schwerwiegenden Einwände, so erklärte der Redner weiter, hätte sich die deutsche Delegation, vielleicht in der Hoffnung, daß andere energische Anstrengungen im zweiten Teil der Konferenz folgen würden, mit einer ein-lachen Zustimmung begnügt oder die Resolution möglicherweise unter gewissen Vorbehalten annehmen kö-nnen, wenn sie jenes Prinzip anerkennen würde, ohne das kein Ergebnis dieser Konferenz für Deutschland annehmbar ist, nämlich

das Prinzip der Gleichberechtigung.

Wir haben bisher an den Arbeiten dieser Konferenz unter der Voraussetzung teilgenommen, daß diese Gleich-berechtigung anerkannt würde. Jetzt ist jedoch der Zeitpunkt gekommen, wo sich die Konferenz über dieses Prinzip und seine praktische Anwendung äußern muß.

Und zwar aus folgenden Gründen: Bisher befanden wir uns im vorbereitenden Stadium der Konferenz. Keine materielle Entscheidung ist bisher getroffen worden. Die Resolution bedeutet dagegen ein erstes materielles Ergebnis in dieser Richtung auf die allgemeine Abrüstung. Sie enthält Festlegungen, aus denen sich mit voller Klarheit ergibt, daß die allgemeine Abrüstung nicht nach dem Vorbild unserer eigenen Abrüstung gestaltet werden soll. Sie enthält außerdem gewisse Bestimmungen, die uns neue Ver-pflichtungen auferlegen würden, die wir bisher nicht zu tragen hatten. Dadurch wird eine rasche Entscheidung über das Prinzip der Gleichberechtigung ganz von selbst dringend notwendig.

Ich habe mich deshalb zu sofortigen Verhandlungen über die Anwendung dieses Prinzips bereit erklärt und eine For-mel vorgeschlagen, die dem Geist und dem Buchstaben des Artikels 8 des Völkervereinbarung entsprechen würde. In-dessen haben wir, anstatt allgemeine Zustimmung zu finden, wie man es in dieser unsere Stellung in diesem Kreise und sogar unsere nationale Ehre so eng berührenden Frage hätte erwarten können, zu unserem großen Bedauern feststellen müssen, daß sich darüber keine einstimmige Einigung erzielen ließ.

Meine Herren! Sie wissen andererseits, daß Deutschland niemals seine Untertänigkeit unter ein Abkommen sehen konnte, das nicht auf dem Prinzip der Gleichberech-tigung beruht. Auf dieses Prinzip können wir nicht ver-zichten.

Der deutsche Vertreter hob hervor, daß die Gleich-berechtigung im übrigen heute nicht nur eine deutsche Forderung, sondern eine solche der ganzen Welt sei. Im Auftrag der Reichsregierung gab er sodann die oben mit-geteilte Erklärung ab.

Die Redsprache setzte Seite 2.